

Protokolleintrag vom 24.08.2011

2011/312

Erklärung der SP-Fraktion vom 24.08.2011: Bezahlbare Wohnungen für Zürich

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Ein Meilenstein für Zürich:

In Zürich herrscht Wohnungsnot. Jeder und jede kennt Betroffene, die seit Monaten eine Wohnung suchen, oder findet selber keine. Darum hat die SP letztes Jahr die Initiative „Wohnen für alle“ eingereicht, mit dem Ziel, eine Trendwende in der städtischen Wohnbaupolitik herbeizuführen.

Nicht erst seit den Wohnbauprogrammen im Roten Zürich unterstützt die SP den gemeinnützigen Wohnungsbau und eine aktive Bodenpolitik der öffentlichen Hand. Unser Ziel ist es, Wohnraum und Bauland der Spekulation zu entziehen. Im Roten Zürich der 1920er und 1930er Jahre wurden bis zu 30% des Gesamtbudgets der Stadt für Landkäufe genutzt. Dieser Politik verdanken wir es, dass wir heute einen Anteil von 25% gemeinnützigem Wohnbau haben, d.h. Wohnungen, die nicht gewinnorientiert sind.

Die Probleme, die wir heute auf dem Wohnungsmarkt erleben, gehen auf einen tief greifenden Strukturwandel im Immobilienmarkt zurück: Die Immobilie ist nicht mehr nur eine langfristige Wertanlage, sondern ist eine Ertragsanlage von börsenkotierten Immobiliengesellschaften, Immobilienfonds und Aktiengesellschaften geworden. Dazu kommt – als Folge von Zürichs Attraktivität – die Nachfrage von sehr einkommensstarken Personen nach Wohnraum in der Stadt. Beide Entwicklungen haben zu massiv steigenden Mieten geführt. Normalverdienende, Familien und ältere Menschen können sich die Mieten in Zürich vielerorts kaum mehr leisten und werden aus der Stadt verdrängt. Und wir betonen: Auch KMU und Gewerbe sind von dieser Entwicklung massiv betroffen.

Unsere Initiative „Wohnen für alle“ will zahlbaren Wohnraum erhalten und neu schaffen. Sie bekennt sich zum Prinzip der Kostenmiete bei gemeinnützigen Wohnbauträgern. Gleichzeitig will sie das Ziel einer durchmischten Bevölkerung in allen Quartieren und den Erhalt von zahlbarem Wohn- und Gewerberaum in der Gemeindeordnung der Stadt Zürich verankern. Der Anteil an gemeinnützigen Wohnbauträgern soll mindestens ein Drittel aller Wohnungen in Zürich betragen. Die Verdrängung des Mittelstandes und des Gewerbes aus der Stadt muss gestoppt werden. Denn durchmischte Quartiere sind die notwendige Grundlage für eine funktionierende und lebenswerte Gemeinschaft.

Heute Abend stehen sowohl die Initiative der SP wie auch die wohnbaupolitischen Initiativen der EVP zur Debatte. Die Spezialkommission Finanzdepartement und der Stadtrat haben nach eingehender Debatte einen Gegenvorschlag erarbeitet, der in weiten Teilen die Ziele der Initiativen erfüllt. Die SP-Fraktion unterstützt daher den Gegenvorschlag der Kommission; die Partei ist bereit, ihre Initiative zugunsten dieses Gegenvorschlags zurückzuziehen, falls dieser eine Mehrheit im Gemeinderat erhält. Ungeachtet der Fristen, die der Gegenvorschlag festlegt, kann aber nicht genug hervorgehoben werden, wie sehr für Zürich die Zeit drängt. Die Stadt muss hier und heute Massnahmen ergreifen, um Lösungen für die Wohnungsnot zu finden. Mit dem Gegenvorschlag zu den wohnbaupolitischen Initiativen geben wir der Stadt Zürich die dazu nötigen Instrumente. Damit in Zürich weiterhin Wohnen für alle statt nur für wenige möglich ist.